

Pressemitteilung des Bündnisses „Fristen kippen“:

1 Jahr Verlängerung reicht nicht! – Kundgebung gegen Auslaufristen und Zwangsexmatrikulationen im Lehramtsstudium

Mi., 28.10.2015, 12 Uhr am NRW-Landtag

Am kommenden Mittwoch findet auf der Wiese vor dem Düsseldorfer Landtag eine Kundgebung gegen die drohenden Zwangsexmatrikulationen der Studierenden in den auslaufenden Lehramtsstudiengängen (Staatsexamen und Modellstudiengänge) statt. Aufgerufen dazu hat das Bündnis „Fristen kippen“ zusammen mit den ASten vieler lehrerbildender Hochschulen aus NRW. Forderungen der Kundgebung sind, dass die Auslaufristen in den auslaufenden Lehramtsstudiengängen abgeschafft und die Studienbedingungen in den neuen Lehramtsstudiengängen auf Bachelor/Master substantiell verbessert werden.

Über 13.000 Lehramtsstudierende sind von den Auslaufristen betroffen. Ihnen droht die Zwangsexmatrikulation, wenn sie ihr Studium nicht bis zum Sommer 2016 bzw. 2017 abgeschlossen haben. Die Studierenden, die zuletzt in den bisherigen Studiengängen begonnen haben, sollten damit lediglich 11 bzw. 13 Semester Zeit zur Verfügung haben, um ihr Studium zu beenden. Vor allem auf Grund von Studierendenprotesten hat die Landesregierung nun angekündigt, die Fristen um 1 Jahr zu verlängern. Damit ist das Bündnis „Fristen kippen“ jedoch noch nicht zufrieden.

Matthias Kröling von der Fachschaft Inklusion der Universität zu Köln erläutert: „Angesichts der aktuellen Herausforderungen im Lehramtsberuf ist es völlig unverständlich, warum heute wesentlich kürzere Auslaufristen als bei der letzten größeren Reform der Lehrer*innenbildung im Jahr 2003 verantwortbar sein sollen. Damals betrug die Übergangszeit 21 Semester. Es bedarf der Zeit zum Lesen, Reflektieren, Diskutieren, um sich umfassend für die spätere Lehrer*innentätigkeit zu qualifizieren und insbesondere um Inklusion, also die gemeinsame und bestmögliche Förderung der Persönlichkeitsentwicklung aller Schüler*innen, zu realisieren. Deshalb ist die derzeitige Auslaufregelung auch auf massive Kritik von Studierenden zahlreichen ASten, Fachschaften, Eltern, der Bildungsgewerkschaft GEW und Hochschulleitungen gestoßen.“

Sarah Ichnowski, aktiv in der Lehramtsfachschaft der Universität Siegen, ergänzt: „Angehende Lehrer*innen müssen sich darauf vorbereiten, wie sie zukünftig darauf hinwirken können, dass geflüchtete Kinder und Jugendliche umfassend in der Schule partizipieren können, so dass alle Schüler*innen voneinander und miteinander für ein lebenswertes Zusammenleben ohne Hass auf das vermeintlich Fremde lernen können. Das wird aber massiv eingeschränkt, wenn alle aus Angst vor Zwangsexmatrikulationen damit beschäftigt sind, wie sie die Fristen einhalten.“

Svenja Adach, Lehramtsstudentin aus Köln mit den Fächern Deutsch und Pädagogik, fügt hinzu: „Die Auslaufristen sorgen außerdem für eine Ellenbogenatmosphäre – das Gegenteil einer förderlichen Hochschulkultur: Kommiliton*innen werden dazu gedrängt, sich als Konkurrenten*innen im Streit um rare Prüfungs- und Seminarplätze wahrzunehmen, anstatt dass alle gemeinsam als verantwortungsbewusste Mitglieder und gestaltende Individuen einer demokratischen und menschenwürdigen Gesellschaft wirken.“

Neben der Abschaffung der Auslaufzeiten für die bisherigen Studiengänge fordert das Bündnis substantielle Verbesserungen der Studienbedingungen im neuen Bachelor/Master-Lehramtsstudium. Dazu gehören eine Reduzierung der Prüfungen, eine Rückkehr zu einer größeren Öffnung der Wahlmöglichkeiten bei Fächerkombinationen und belegbaren Kursen sowie eine Masterplatzgarantie und die Bezahlung des Praxissemesters.

Tim Wübbels, Referent für Sozialpolitik im AStA der Universität Duisburg-Essen, begründet: „Wir brauchen eine Masterplatzgarantie für Bachelorstudierende an ihrer eigenen Universität; ohne Master kann niemand an Schulen als Lehrer*in tätig sein. Um frei von existentiellen Sorgen vertiefte Erfahrungen in der Schule sammeln zu können, und damit nicht eine zusätzliche Stufe der sozialen Selektion im Bildungssystem geschaffen wird, muss das Praxissemester angemessen vergütet werden. Es sollte zudem überlegt werden, welche sinnvollen Kriterien in Zukunft Vorrang in der Lehrer*innenbildung haben sollen, statt des derzeit im Vordergrund stehenden stupiden Zählens von Leistungspunkten und mechanischen Abarbeitens von Modulen.“

Jörg Hovemann, Hochschulpolitikreferent im AStA der Universität Paderborn resümiert: „Eine Schule und eine Gesellschaft die den Anspruch haben, demokratisch, sozial und aufgeklärt zu sein, leben von Lehrer*innen, die sich für Ihre Schüler*innen interessieren und tagtäglich engagierten Unterricht für die Bildung mündiger Menschen praktizieren. Wenn es jedoch lediglich das höchste Ziel sein soll, innerhalb gesetzter Grenzen regelkonform Inhalte stupide und unreflektiert abzustudieren, darf man sich nicht wundern, wenn Schüler*innen später in gleicher Manier unterrichtet werden. Das Lehramtsstudium muss ein faires, karrieredruckfreies, meinungsbildendes, interkulturell ausgerichtetes und kritikförderndes Studium sein – und somit auch ohne Auslaufzeiten!“

Weitere Informationen: www.fristen-kippen.de

Kontaktpersonen:

Agnes Kamerichs, 0176 63834559, agneskamerichs@gmx.de

Sebastian Spicker, 0174 7694112, sebastian.spicker@gmail.com